

STADT **Peine**



**ARCHIV
SONDERBLATT**

1/2009



*Wohnungs- und
Schulnöte
in der Nachkriegszeit*

Wohnungs- und Schulnöte in der Nachkriegszeit

von Michael Utecht

„Wir wollen aus den Baracken und Notunterkünften heraus!“ – lautete in den ersten Nachkriegsjahren ein ebenso eindringlich wie häufig zu vernehmender Ruf. Den Bewohnern Niedersachsens standen pro Kopf lediglich fünf Quadratmeter Wohnraum zur Verfügung: „Wollte man für jeden Einwohner auch nur 15 Quadratmeter Wohnraum schaffen – das ist die Wohnfläche, die der Unterkunft eines Menschen würdig erscheint – so müßte man in Niedersachsen nicht weniger als 60 Millionen Quadratmeter Wohnfläche wiederherstellen oder neu bauen“ berechnete die damals auch mit Peiner Lokalteil erscheinende Hannoversche Presse.

Peine hatte den Krieg zwar weitgehend unzerstört überstanden, durch das Hereinströmen der Flüchtlinge und Vertriebenen war jedoch die Wohnungsnot aufs ärgste verschärft worden. Lag die Bevölkerungszahl im Jahre 1939 noch bei 18.376 Einwohnern war sie 1950 auf 27.404 angewachsen.

In den umliegenden Ortschaften war die Situation nicht besser: „Wie vorzeitliche Höhlenbewohner!“ hauste man im Extremfall. Eine Schlagzeile, mit der die Hann. Presse im September 1949 die unzumutbaren Lebensverhältnisse einer Familie in Klein Solschen aufgriff. „Im Jahre 1946 aus ihrer schlesischen Heimat vertrieben, fand Frau B. mit ihrer ältesten Tochter (die zweite Tochter war noch in russischer Gefangenschaft) in Klein Solschen eine Zufluchtstätte. Den beiden Frauen wurde damals zunächst in einem Nebengebäude des Großbauern M. ein Abstellraum zugewiesen.“ Ein Raum, der vorher zur Wohnung einer in Hannover ausgebombten dreiköpfigen Familie gehörte. Als Ende 1948 die zweite Tochter von Frau B. aus der Gefangenschaft entlassen wurde, musste die hannoversche Familie auch die bisher von ihr genutzte Küche abgeben. Offensichtlich nur zähneknirschend, denn sie verwehrte nun den drei Frauen den schon vorher für beide Teile lästigen Durchgang durch ihre Wohnung. Darauf war Familie B. – laut Presse „sehr ruhige und ordentliche Leute“ – jedoch angewiesen, da sie keinen eigenen Zugang zum Hausflur hatte. Der an den Differenzen seiner Untermieter nicht direkt beteiligte Bauer M. fackelte nicht lange. Um den Hausfrieden wieder herzustellen



Flüchtlingswohnung 1949

ließ er „kurzerhand ein Loch in die Wand schlagen, lehnte es aber ab, eine Tür zu beschaffen und anbringen zu lassen.“ Knapp zwei Monate hindurch lebten die Frauen „in dauernd offenen und Tag und Nacht [...] zugänglichen Räumen“. Sie mussten „wie vorzeitliche Höhlenbewohner durch ein Steinloch hindurchklettern, wenn sie ihre ‚Wohnung‘ benutzen wollten“. Erst am 28. September konnte die Zeitung vom Ende des Missstandes berichten, denn es „wurde inzwischen eine Tür eingebaut“.

Das Zusammenleben der auf engstem Raum zusammengewürfelten und sich drängenden Menschen über einen kaum absehbaren Zeitraum barg zwangsläufig reichlich Konfliktpotential in sich. Für die Hausbesitzer war es allemal lästig, durch die Zwangseinweisungen Räume abgeben zu müssen und „das Haus voller fremder Menschen“ zu haben. Wie sehr manche es „ihre“ Mieter spüren ließen, dass sie nur widerwillig geduldet wurden, illustriert ein Fall, den die Presse im September 1949 an die Öffentlichkeit brachte:

„Seit ungefähr drei Jahren hauste in Eddesse eine Flüchtlingsfamilie mit vier und neuerdings mit fünf Personen (da der Mann aus der Gefangenschaft wiederkehrte) in einem schrägen und viel zu

engen Dachkammerchen.“ Schließlich entdeckte man „in einem Bauernhause eine bessere Möglichkeit der Unterbringung.“ Allerdings waren hier schon mehrere Familien eingewiesen: „Drei Zimmer werden von einer dreiköpfigen ausgebombten Familie aus Hannover bewohnt, zwei weitere Zimmer von einer schlesischen Flüchtlingsfamilie mit sieben Personen, und ein Zimmer von einem ostpreußischen Flüchtling [...]. Die übrigen Zimmer (das Haus hat im ganzen zwölf Räume) benutzte bislang die Hauseigentümerin mit ihrer Adoptivtochter.“

Vom Wohnungsamt wurden nun drei der noch übrigen Räume beschlagnahmt. „Bevor aber die Belegung geschehen konnte, ließ die Eigentümerin das eine der drei Zimmer zu einem Baderaum mit Klosett umbauen und machte aus einem anderen Zimmer eine Vorrats- und Abstellkammer. [...] Anstatt die fünfköpfige Flüchtlingsfamilie in das dritte der beschlagnahmten Zimmer hineinzulassen, bot man ihr die unwürdigen und keineswegs ausreichenden Zimmer im Anbau an, die mit ihren Steinfußböden im Winter eine Quelle fortgesetzter Erkältungskrankheiten sein würden.“

Die Eigentümerin indes versuchte mit Hilfe eines Rechtsanwaltes den Einzug zu verhindern – aber vergeblich: Es rückten „zwei Beamte des

Kreiswohnungsamtes mit zwei Polizeibeamten aus Edemissen und mit zwei Arbeitern“ an. Trotz des amtlichen Aufmarsches „blieb die Frau hartnäckig bei ihrer Weigerung. Es blieb nichts anderes übrig, als das Zimmer gewaltsam zu öffnen und ausräumen zu lassen, damit die Flüchtlinge einziehen konnten.“ Sicher keine gute Ausgangsbasis für ein künftiges harmonisches Miteinander. Tausenden fehlte in Peine ein eigenes Dach über dem Kopf. Erst ab 1950 setzte eine sichtbare Verbesserung durch den sozialen Wohnungsbau ein: „die Errichtung von Kleinwohnungen in Ein- und Mehrfamilienhäusern, die nach Größe, Ausstattung und Miete für die breiten Schichten des Volkes bestimmt sind. Sie müssen mindestens 32 Quadratmeter und dürfen höchstens 75 Quadratmeter groß sein.“ Zunächst wurden „mit Rücksicht auf die gegenwärtige Kapitalnot nur Wohnungen bis zu 45 Quadratmetern als förderungswürdig angesehen.“

In der Stadt Peine wurden in den Jahren 1950 bis 1955 von der gemeinnützigen Wohnungsbau-Gesellschaft Peiner Heimstätte ca. 1.000 Wohnungen mit einem Kostenaufwand von 12 Millionen DM neu erstellt.

Doch vorerst regierte der Mangel: „6849 Kinder ohne eigenes Bett“ lautete einer der erschreckenden Befunde, die im Jahre 1949 durch die statistische Erfassung der 16.888 Volksschüler des Landkreises zu Tage gefördert wurden. „Bei 4094 Kindern ist der Vater tot. [...] Bei 1331 Kindern ist der Vater arbeitslos. Das bedeutet für sie einen sehnsüchtigen oder neidischen Blick auf das dicke Schulbrot des Nachbarn.“ An Kleidung hatten viele bloß das Notwendigste: „Bei 3951 Kindern ist nur ein Satz Bekleidung (Hose, Jacke, Unterwäsche) vorhanden. 464 besitzen kein festes Schuhwerk.“

Ebenso gravierend war die Schulraumnot, begleitet von eklatantem Lehrer- und Geldmangel: „Obwohl es auch im Kreis Peine viele stellungslöse, politisch unbelastete Lehrer gibt, [...] können nur 195 männliche und 54 weibliche Lehrkräfte bezahlt werden [...]. Im Durchschnitt hat also ein Lehrer 68 Kinder zu betreuen.“ Immerhin hatten – „in richtiger Erkenntnis der Wichtigkeit dieses Problems“ – einige Gemeinden und die Stadt Peine 14 Lehrkräfte „aus eigenen Mitteln auf Privatdienstvertrag verpflichtet.“ Dagegen

scheuten sich „weniger schulfreundliche Gemeinden“ eine zusätzliche Stelle zu beantragen, „da sie für jeden Lehrer einen monatlichen Stellenbeitrag von 143 Mark zahlen müssen.“

Oft stand in den Schulen nur ein Raum zur Verfügung. „Als Folge davon sind in den so überbevölkerten Gemeinden die Klassenräume durchgehend von 7 bis 18 Uhr in Benutzung. [...] Den Rekord der Enge hält übrigens Eltze mit 86 Kindern auf einen Lehrer, gefolgt von Mehrum (82), Woltorf (80), Schmedenstedt (79) und Equord (79).“

In der Stadt Peine hoffte man, dass „die beschlagnahmte und nur von verhältnismäßig wenig Polen bewohnte Realschule [=Ratsgymnasium] an der Burgstraße freigegeben würde. Alle Resolutionen und Anträge dieser Richtung fanden aber [...] bei der Besatzungsmacht kein Gehör.“ Bis zum November 1950 musste man sich noch gedulden, ehe das Gebäude wieder von Schülern und Lehrern bezogen werden konnte. Wenigstens eine erfreuliche Tatsache hatte der „Lagebericht“ des Kreisschulrates zu vermelden: „Unter den 16888 Volksschulkindern ist nur noch ganz selten zu merken, daß 7873 von ihnen Flüchtlingskinder sind. Alle Lehrer berichten von sehr guten Klassenkameradschaften. Die erstmalig in diesem Sommer wieder durchgeführten Schulausflüge mit Rädern, Autobussen oder zu Fuß haben sicherlich sehr dazu beigetragen.“

Bei der Elterngeneration bedurfte es eines wesentlich längeren Zeitraumes bis die Barrieren zwischen Einheimischen und „Fremden“ abgebaut und die ehemals nur geduldeten Flüchtlinge und Vertriebenen als gleichberechtigte Mitbürger integriert waren.

Quellen:

Stadtarchiv Peine, Rep 7-29/136;

Hannoversche Presse, Sept. 1949;

Peine, der Weg zur Mittelstadt 1945-1955. Brilon/Westf. 1956